DIE NECKARQUELLE

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DIE REGION SCHWARZWALD-BAAR-HEUBERG

Angucken ja, anfassen nein
Fast überall in Australien ist das Kuscheln mit Koalabären verboten.
→ AUS ALLER WELT

Spanischer Geniestreich
Teenager Lamine Yamal schreibt Fußball-Geschichte.
→ SPORT

Jauch feiert 70 Jahre
Die Firma Jauch Quartz besteht seit 70 Jahren.
→ SCHWENNINGEN

Ausgabe NQ | 145. Jahrgang | Nummer 158 | E 5120 A — Donnerstag, 11. Juli 2024 | Einzelpreis 2,60 Euro

Heute im Lokalteil

Die Unfallstelle Foto: Klemm

Fahrlässige Tötung steht im Raum

VILLINGEN-SCHWENNINGEN. Nach dem tödlichen Verkehrsunfall auf der B 523 bei VS im April sind weiterhin Fragen offen. Ein 33-Jähriger war in den Gegenverkehr geraten und mit einem Wagen zusammengestoßen, ein 50-Jähriger starb. Bislang ist noch nicht geklärt, warum der Autofahrer auf die falsche Spur geriet. Die Staatsanwaltschaft, ermittelt wegen fahrlässiger Tötung. *mae*
→ VILLINGEN-SCHWENNINGEN

Beim Handball fehlen Schiedsrichter

TROSSINGEN. Der HSG Baar fehlen Schiedsrichter. Daher werden der Spielgemeinschaft Ausgleichskosten in mittlerer vierstelliger Höhe in Rechnung gestellt. Das Thema wurde bei einer Mitgliederversammlung angesprochen mit der Bitte, sich für eine Ausbildung zur Verfügung zu stellen. *coh*
→ TROSSINGEN

Kein Platz für politische Spaltung

BAD DÜRRHEIM. Kadirhan Cil ist Türke, in Deutschland aufgewachsen. In Spanien legte er den Grundstein für seine Tiki-Taka-Fußballschule. Politische Spaltung hat für ihn kein Platz im Sport – egal von welcher Seite. Die Verbände müssten hier tätig werden. *wst*
→ BAD DÜRRHEIM

Kadirhan Cil Foto: Strohmeier

Service

Aboservice:
Telefon 0800/394-1000
Mo.–Fr. 8.30–12 Uhr, Sa. 8.30–10 Uhr
aboservice@neckarquelle.de

Anzeigenservice:
Telefon 07720/394-200
anzeigen@neckarquelle.de

Redaktion:
Telefon 07720/394-160
redaktion@neckarquelle.de
www.nq-online.de

40028
4 195292 502601

Miese Noten für Grün-Schwarz

Der BaWü-Check zeigt: Die Bildungspolitik der Landesregierung schneidet bei den Bürgern schlecht ab. Begrüßt wird hingegen die Rückkehr zum G9.

Im BaWü-Check schneidet die Bildungspolitik im Südwesten nicht gut ab. Foto: dpa/Julian Stratenschulte

■ Von Bärbel Krauß

STUTTGART. Jeder zweite Bürger Baden-Württembergs stellt der grün-schwarzen Bildungspolitik ein insgesamt eher kritisches Zeugnis aus. Das hat der jüngste BaWü-Check, den das Institut für Demoskopie in Allensbach im Auftrag der Südwest-Zeitungsverlage erhoben hat, ergeben.

Demnach stellen insgesamt nur 28 Prozent der Befragten der Landesregierung für ihre Bildungspolitik ein gutes oder sehr gutes Zeugnis aus. Bei den Eltern schulpflichtiger Kinder, die direkten Einblick in die aktuelle Wirklichkeit in den Klassenzimmern haben, ist der Anteil deutlich höher (37 Prozent). In beiden Testgruppen zieht 51 Prozent der Befragten eine weniger oder gar nicht gute Bilanz.

Damit bekommen Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne), Kultusministerin Theresa Schopper (Bild, Grüne) und die CDU als aktueller Koalitionspartner auch die Quittung für wachsende Probleme an Schulen. Lehrermangel, die zunehmende Gewalt und mangelnde Deutschkenntnisse vieler Kinder und Jugendlicher machen den meisten Bürgern die größten Sorgen.

Die vor kurzem von Grün-Schwarz beschlossene Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium trifft auf Zustimmung (70 Prozent), ähnlich wie die Wiedereinführung einer verbindlicheren Grundschulempfehlung (62 Prozent).

Zwar schneiden die Schulen selbst in der Bewertung der Bevölkerung deutlich besser ab als die Politik. Aber aktuell finden nur noch 47 Prozent ihre Arbeit gut oder sehr gut. Vor zehn Jahren fiel das Urteil laut dem Allensbacher Institut bei 75 Prozent positiv aus. „Vor dem Hintergrund der Bedeutung des Themas für die Zukunft des Landes und auch im Vergleich zum Urteil über andere Politikfelder ist das Zeugnis, das die Bevölkerung der Landesregierung hier ausstellt, jedoch keinesfalls das schlechteste“, schreiben die Meinungsforscher.

Mehr als die Hälfte der Bevölkerung nimmt die aktuelle Lage negativ wahr. Ihre Stimmung für die nächsten zwölf Monate ist von Skepsis (28 Prozent) oder von Befürchtungen (26) gekennzeichnet. 32 Prozent haben Hoffnungen.
→ LEITARTIKEL, DRITTE SEITE

Pflege im Heim noch teurer

Die Ampel wird zum Gegensteuern aufgefordert.

BERLIN. Die Eigenanteile für Menschen in Pflegeheimen sind gestiegen. Wie eine Auswertung des Verbandes der Ersatzkassen ergab, müssen Pflegebedürftige für das erste Aufenthaltsjahr derzeit durchschnittlich 2871 Euro pro Monat selbst bezahlen. Das sind 211 Euro mehr als ein Jahr zuvor. Sowohl der Verband als auch Patienten- und Verbraucherschützer forderten die Ampel zum Gegensteuern auf.

Für das zweite Jahr stieg die monatliche Zuzahlung der Auswertung zufolge um 233 auf aktuell 2620 Euro. Im dritten Aufenthaltsjahr müssen 2284 Euro selbst gezahlt werden – 169 Euro mehr als im Vorjahr, im vierten 1865 Euro und damit 91 Euro mehr. *AFP*
→ MEINUNG DES TAGES, SEITE 2

Ukraine bekommt F-16-Jets

Die Kampfflieger sollen schon bald einsatzbereit sein.

WASHINGTON. Noch in diesem Sommer sollen die von ausländischen Partnern versprochenen F-16-Kampfjets in der Ukraine zur Abwehr des russischen Angriffskrieges zum Einsatz kommen.

Der Transfer der Jets sei bereits im Gange, kündigten die USA, die Niederlande und Dänemark in einer gemeinsamen Erklärung am Rande des Nato-Gipfels in Washington an. Es geht um F-16-Jets aus amerikanischer Produktion, die von Dänemark und den Niederlanden bereitgestellt werden.

„Aus Sicherheitsgründen können wir zum jetzigen Zeitpunkt keine weiteren Einzelheiten bekanntgeben“, hieß es in der Erklärung. Seit langem bittet Kiew um Kampfjets. *dpa*
→ HINTERGRUND

Meinung des Tages

Von Norbert Wallet

Ausgleich nötig

Die Finanznöte in der Pflege sind hausgemacht.

Die Kostenspirale in der Pflegeversicherung dreht sich immer weiter. Es ist ärgerlich, dass die Finanznöte einer solidarischen Sozialversicherung politisch herbeigeführt sind. Im Umkehrschluss heißt das, dass Abhilfe geschaffen werden könnte, wenn nur der politische Wille dazu bestünde. Wie in anderen Sozialversicherungen auch, verschiebt der Staat Kosten, die von der Allgemeinheit, also aus dem Steuertopf gezahlt werden müssten, auf die Pflegeversicherung. Dazu zählt die Übernahme der Rentenbeiträge pflegender Angehöriger durch die Pflegeversicherung. Ohne die Belastung hätte die Pflegeversicherung im vergangenen Jahr 3,6 Milliarden Euro mehr gehabt. Es kommt ein Strukturproblem hinzu. Eine wirkliche Solidarversicherung lebt davon, dass starke Schultern ihren fairen Beitrag leisten. Wenn aber „gute Risiken“ mit hohem Einkommen in die private Pflegeversicherung ausweichen können, gerät das System aus der Balance. Es muss ein Ausgleich geschaffen werden.

Wetter im Kreis

morgens	mittags	abends
17°C	22°C	23°C
70%	70%	60%

Börse

M-Dax	Dax	EuroStoxx
25613,88	18407,22	4958,86
Vortag 25252,18	Vortag 18236,19	Vortag 4903,62

Politik

Caritas warnt vor Budgetkürzung

Die Hilfsorganisation Caritas international hat die Bundesregierung vor Budgetkürzungen in der humanitären Hilfe und der Entwicklungshilfe gewarnt. „Angesichts der stetig wachsenden Zahl an Kriegen und Krisen ist es das vollkommen falsche Signal, jetzt die Mittel für humanitäre Hilfe zu kürzen“, sagte Oliver Müller, Leiter von Caritas international, in Freiburg. Die Einschnitte durch die Haushaltskürzungen seien massiv. *dpa*

Aus aller Welt

Elefant tötet Tourist in südafrikanischem Park

Ein Elefant hat einen Touristen in einem Nationalpark in Südafrika zu Tode getrampelt. Der Mann aus Spanien sei in Pilanesberg (Provinz Nordwest) aus dem Auto gestiegen, um Fotos von einer Gruppe Elefanten mit Jungtieren zu machen, berichteten südafrikanische Medien. Mitarbeiter des Parks hätten den tödlichen Angriff bestätigt. Der spanische Tourist sei schwer verletzt worden und im Krankenhaus gestorben. *dpa*

Wirtschaft

Nabu kritisiert Klimaziele der Kreuzfahrtbranche

Der Naturschutzbund Deutschland (Nabu) kritisiert die Klimaziele mehrerer Kreuzfahrtunternehmen. „Es ist unverantwortlich, wenn sich eine Branche selbst Ziele steckt, die hinter den Klimazielen der Bundesrepublik zurückbleiben“, sagte Nabu-Verkehrsreferent Sönke Diesener. Dem Nabu zufolge gaben acht von zwölf Kreuzfahrtunternehmen an, 2050 Klimaneutralität erreichen zu wollen. Die Bundesregierung will bis 2045 Treibhausgasneutralität erreichen. *dpa*